



Wahlen zum Landtag 2016

Forderungen gegenüber den Parteien:

Das Wahlergebnis zum Landtag am 13. März 2016 zeigt eine tiefgreifende Unzufriedenheit mit der Landesregierung und den etablierten Parteien. Hier spielt die eklatante Vernachlässigung der inneren Sicherheit durch den Abbau von Personal und dem Vorenthalten der notwendigen Ressourcen für die Polizei eine wichtige Rolle.

Die Gewerkschaft der Polizei hat deshalb ihre Forderungen gegenüber den Parteien nachfolgend zusammengefasst und erwartet das Einbringen in den Koalitionsvertrag.

100

- Beseitigung der Unteralimentation für alle Beamten, Richter und Versorgungsempfänger für die Vergangenheit und Sicherstellung einer amtsangemessenen Alimentation für die Zukunft, unabhängig von eingelegten Widersprüchen und erhobenen Klagen und die Schaffung einer verfassungskonformen, fairen und akzeptablen Regelung für alle Besoldungsgruppen und Besoldungsordnungen und die Wiedereinführung einer Jahressonderzahlung,¹

100

- Evaluation der Organisationsfortentwicklung der Polizei, Aufgaben- und Strukturkritik in der Polizei,
- Berechnung der notwendigen Anzahl von Beschäftigten in der Polizei, aufgeschlüsselt nach Polizeibeamten und Beschäftigte der Polizeiverwaltung,

100

- zusätzliche Einstellungen von 1.000 Polizeivollzugsbeamten bis 2017 und dann bis zur Sicherung der notwendigen Zielzahl und Erleichterung des Auswahlverfahren für die Neueinstellungen bei Beibehaltung der grundsätzlichen Zulassungsvoraussetzungen,

100

- Bildung von zwei zusätzlichen Einsatzhundertschaften der LBP in Halle/Saale,
- Investitionsinitiative in der Polizei, baulich und in der Sachausstattung, unabhängige Überprüfung der Wirtschaftlichkeit vor Übergang von IT-Fachanwendung
- Erstellung eines echten Personalentwicklungskonzeptes für die Polizei (Beamte und Arbeitnehmer),
- A 9 (LG 2.1) als Einstiegsamt bei Polizei („zweigeteilte“ Laufbahn), Erhöhung des Anteils der LG 2.1



¹ Die 100 steht für die Aufnahme in ein 100-Tage Programm
GdP Sachsen-Anhalt - Landesbezirksvorstand



- Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, 2 freie Wochenenden im Monat für PVB,
- Sollfinanzierung aller Planstellen in der Polizei zum Zweck des Abbaus des Beförderungsstaus; Einführung einer Regelbeförderung,
- spürbare Erhöhung der Polizeizulage und Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit,
- lukrative Zulagen für Schichtdienst und Einsatzeinheiten, 5 Euro für jede Stunde „Dienst zu ungünstigen Zeiten“,
- sofortige Funktionszulage für die Wahrnehmung höherwertiger Dienstposten,
- Einführung von hauptamtlichen Sachbearbeiter Betriebliches-Eingliederung- Management (BEM) in jeder Behörde und Einrichtung,
- Gewalt gegen Polizisten konsequent zu ahnden, Übergriffe auf Polizisten durch einen eigenen Strafrechtsparagrafen besser verfolgen (§115 StGB einführen) und Schaffung einer Richtlinie zur Anwendung der RiStBV bei besonderen öffentlichen Interesse an der Strafverfolgung bei Gewalt gegen Vollzugsbeamte –einführen,
- Gewährung von dienstlichem Rechtsschutz in Strafverfahren gegen Polizeivollzugsbeamte und im Nebenklageverfahren,
- Modernisierung des PersVG LSA mit der Verbesserung der Beteiligungsrechte, u.a. durch die Mitbestimmung bei in Regress und bei der Erstellung der Urlaubspläne und Festschreibung der Freistellungsgrenze bei 200 Beschäftigten,
- Änderung des Frauenfördergesetz LSA- dass eine hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte (HGB) für die Polizei bestellt wird und in den Behörden der Polizei auch ehrenamtliche Gleichstellungsbeauftragte (EGB) gewählt werden können.

Wir fordern Sie auf, die durch uns eingebrachten Themen und Forderungen in die Verhandlungen zu einem Koalitionsvertrag einzubringen und stehen für Fragen weiter zur Verfügung.